

Nr. **XIX. GP-NR**
498 /J
1995 -02- 0 3

A n f r a g e

der Abg. Ing. Murer, Aumayr, Böhacker, Mag. Trattner, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Übernahme der Kommunalkredit AG durch eine französische Bank -
Gefahr für Österreichs Wasserver- und Abwasserentsorgung

Die Ingenieurkammer für Steiermark und Kärnten warnte kürzlich vor dem drohenden Zusammenbruch der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Österreich, da einerseits die weitere Bundesförderung (Investitionskredite und Investitionszuschüsse) mit Ende 1995 begrenzt wird und andererseits die mehrheitliche Übernahme der Abwicklungsstelle für wasserwirtschaftliche Finanzierungen, die Kommunalkredit AG, durch die französische Bank "Crédit Lyonnais" bevorstehen soll.

Nun tritt offenbar ein, wovor FPÖ-Mandatare vor der EU-Volksabstimmung gewarnt haben: Verteuerung der Gebühren für die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Einflußnahme von EU-Firmen auf Österreichs einzigen nennenswerten Bodenschatz, nämlich reines Trinkwasser, und Export von Trinkwasser durch ausländische Konzerne. Von Vertretern der Regierungsparteien wurden diese Warnungen im Vorjahr als hysterische Panikmache diffamiert.

Der für das Bankwesen zuständige Bundesminister für Finanzen hat in den letzten Jahren auch auf die Gestaltung des wasserwirtschaftlichen Förderungswesens maßgeblichen Einfluß genommen. Wenn die Übernahme der Kommunalkredit AG durch eine französische Bank die Einflußnahme von Wirtschafts- und Finanzinteressen anderer EU-Länder auf Österreichs Wasserver- und Abwasserentsorgung mit sich bringen könnte, wäre es die Pflicht des Bundesministers für Finanzen, diesen Übernahmedeal via Bankenaufsicht zu unterbinden, da Wasser ein lebenswichtiges volkswirtschaftliches Gut ist.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

1. Seit wann ist Ihnen als für die Bankenaufsicht zuständigen Bundesminister bekannt, daß es ein ausländisches Angebot zur mehrheitlichen Übernahme der Kommunalkredit AG gibt ?
2. Welche ausländischen Interessenten (aus EU-Staaten und aus anderen Staaten) haben bisher an einem Kauf oder an einer Beteiligung an der Kommunalkredit AG Interesse gezeigt ?
3. In welcher Art und Weise ist Ihr Ressort, nachgeordnete Dienststellen oder die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur bisher in diese Kauf- oder Beteiligungsverhandlungen eingebunden ?
4. Wie hoch sind die für 1995 vorgesehenen Bundesmittel für die wasserwirtschaftliche Förderung, also Wasserver- und Abwasserentsorgung, die über die Kommunalkredit AG abgewickelt wird ?

5. Stimmt es, daß es nach 1995 nicht geplant ist, diese Dotierung der wasserwirtschaftlichen Förderung aus Bundesmitteln fortzusetzen ?
6. Wie lauten die Informationen Ihres Ressorts, was die über 1995 hinausgehende Mittelaufbringung für die immer größer werdenden Aufgaben der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Österreich betrifft ?
7. Verfügt Ihr Ressort über Informationen über die Verschuldung der österreichischen Gemeinden infolge von Investitionen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung ?
8. Verfügt Ihr Ressort über Informationen über die Verschuldung von Unternehmen infolge von Investitionen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung ?
9. Verfügt Ihr Ressort über Informationen hinsichtlich der Einbringlichkeit der unter Punkt 7. und 8. genannten Schulden, die ja im wesentlichen auch von der Kommunalkredit AG verwaltet werden ?
10. Werden Sie im Rahmen der Bankenaufsicht danach trachten, daß die Kommunalkredit AG als wichtigste Abwicklungsstelle für wasser- und abwasserwirtschaftliche Kredite nicht in das Eigentum von EU-Firmen oder anderer ausländischer Firmen gerät ?